

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**

der

29. Sitzung

der

XXII. Gesetzgebungsperiode

**Donnerstag, 18.11.2021**

19.10 Uhr – 19.57 Uhr

## Tagesordnung

-----

### Inhalt

Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter D o s k o z i l, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag 2022 (S. 3824)

**Beginn der Sitzung: 19 Uhr 10 Minuten**

**Präsidentin Verena Dunst:** Ich darf nunmehr die 29. Sitzung des Burgenländischen Landtages eröffnen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Darf hier einige Entschuldigungen betreffend das Fernbleiben von der heutigen 29. Sitzung anbringen. Entschuldigt ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Thomas Steiner, der Herr Abgeordnete Mag. Christoph Wolf und der Herr Abgeordnete und Zweite Präsident des Burgenländischen Landtages Georg Rosner.

Nunmehr darf ich schon zum Einlauf beziehungsweise zu den Zuweisungen kommen. Wie immer darf ich Ihnen berichten, dass die Bekanntgabe des Einlaufes sowie die Zuweisung ja wie Sie wissen gemäß § 56 Abs. 3a mittels digitalen Versands und als Aushang zur Kenntnis gebracht wurde.

Ebenso wie immer, auch die Veröffentlichung auf der Homepage. Ich darf natürlich gleich dann zur Tagesordnung kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Werte Regierungsmitglieder! Ich darf nunmehr zur Tagesordnung für die heutige Sitzung kommen. Die ist fristgerecht versendet worden, ist unverändert geblieben. Trotzdem meine Frage, ob es einen Einwand gegen die Tagesordnung gibt? -

Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann darf ich gleich fortfahren.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag 2022

**Präsidentin Verena Dunst:** Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil zur Regierungsvorlage, über den Landesvoranschlag für das Jahr 2022.

Sie wissen, dass gemäß § 25 Abs. 4 GeOLT hierzu keine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt zulässig ist. Ich darf nunmehr dem Herrn Landeshauptmann und Landesfinanzreferenten, Mag. Hans Peter Doskozil, das Wort dazu geben.

Bitte Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Regierungskollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sie werden sich vielleicht zurückerinnern, vor einem Jahr sind wir ebenfalls hier gestanden, und wir haben das Budget für 2021 präsentiert.

Vor einem Jahr haben wir darüber gesprochen, dass wir einer ungewissen Zukunft, auch einer ungewissen wirtschaftlichen Zukunft und damit einhergehend natürlich auch einer ungewissen Zukunft, was unser Budget betrifft, entgegenblicken.

Wir haben nicht nur unter dem Eindruck von Covid-19 im letzten Jahr, sondern wir werden auch unter dem Eindruck von Covid-19 und von dieser Pandemie in diesem Jahr, diese Budgetvorlage erteilen. Wir werden dieses Budget auch unter diesem Eindruck diskutieren müssen.

Wir werden aber sehen, dass diese Prognosen, die wir damals angenommen haben, und das ist das Positive gleich zu Beginn, nicht in diesem Ausmaß eingetreten sind.

Ich möchte aber zu Beginn dieser Budgetrede auch auf die aktuelle Situation Bezug nehmen. Die aktuelle Situation ist davon geprägt, dass wir unmittelbar wieder vor

der Entscheidung stehen, nicht nur in den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg, sondern in Gesamtösterreich aller Voraussicht noch einen Lockdown zu beschließen.

Ich persönlich gehe davon aus, dass dieser Lockdown nach der morgigen Sitzung der Landeshauptleute seitens der Bundesregierung verordnet wird, und dass dieser Lockdown auf Gesamtösterreich, bezogen für die nächsten zwei bis drei Wochen anhalten wird.

Dieser Lockdown, sofern er kommt, ist der Situation geschuldet. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, mir geht es jedenfalls so, wenn man die Bilder aus Salzburg, aus Oberösterreich und jene aus dem Spital sieht, dann muss man höchste Achtung und höchsten Respekt einerseits vor jenen Mitarbeitern haben, die in den Spitälern, die auch in der Pflege tätig sind.

Ich höre das auch tagtäglich, nicht nur in unseren Stäben, sondern auch im und beim Spitalspersonal, welche Anstrengung, welche psychische Belastung und welchen grundsätzlichen Belastungen diese Mitarbeiter ausgesetzt sind und es ist nicht nur diesem Umstand geschuldet, sondern es ist auch der Situation geschuldet, dass tagtäglich Menschen sterben, dass tagtäglich Menschen auf Intensivstationen mit einem ungewissen Ausgang eingeliefert werden.

Da stehen Schicksale dahinter. Nicht nur persönliche, sondern auch familiäre Schicksale. Es ist für uns alle hier höchstwahrscheinlich unvorstellbar, wenn man sich in weiterer Folge von einem Angehörigen nicht verabschieden kann. Es ist unbestritten, und das sagen auch die Zahlen im Burgenland, dass wir, auch bei leicht steigenden Zahlen auf der Intensivstation, trotz alledem eine relativ stabile Situation haben.

Aus einem Akt der Solidarität, aus einem Akt der Beistandspflicht auch zu den anderen Bundesländern oder mit den anderen Bundesländern, sehe ich diesen Schritt auch unausweichlich für das Burgenland. Dieser Schritt bedeutet nicht nur diesen angesprochenen Akt der Beistandspflicht, der bedeutet höchstwahrscheinlich auch, dass wir die anderen Bundesländern - was wir auch jetzt schon machen - wenn es darum geht, Patienten zu versorgen, unterstützen müssen.

Das heißt konkret, dass wir Patienten höchstwahrscheinlich auch aus diesen Bundesländern übernehmen müssen. Aktuell sind es beispielsweise im Burgenland fünf Patienten. Das hat aber natürlich, und das ist ein ganz ein wesentlicher Faktor, wenn wir weiterdenken, wenn wir auch die Situation und auch das, was alles gesagt wurde, was uns in der Prognose mitgeteilt wurde, was auch politisch vielleicht das eine oder andere Mal von Bundespolitikern den Bogen überspannend in Aussicht gestellt wurde, das hat mittelbaren Einfluss natürlich auf die budgetäre Situation.

Es hat einen mittelbaren Einfluss auf die budgetäre Situation, wenn es darum geht, dass die Wirtschaft wieder herunterfahren muss. Wenn es darum geht, jetzt in einer Situation, wo möglicherweise im Westen der Tourismus beginnt, die Wirtschaft herunterfahren muss. Wenn es darum geht, vor Weihnachten, den Handel herunterzufahren.

Das wird - und dessen müssen wir uns bewusst sein - auch Auswirkung, nicht nur auf unseren öffentlichen Haushalt, sondern generell auf alle Haushalte, Bund, Länder, aber auch Gemeinden, haben. Dessen müssen wir uns bewusst sein, aber - und das ist die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwohl, für ein funktionierendes Zusammenleben in Österreich - oberste Priorität haben die Menschen, oberste Priorität hat die Gesundheit dieser Menschen und oberste Priorität hat, dass wir Menschenleben

retten und nicht aus irgendwelchen politisch vielleicht motivierten Überlegungen taktieren, wann ist dieser Lockdown zu machen oder wann ist dieser nicht zu machen?

Deshalb wird auch das Burgenland, wenn es morgen zu dieser Entscheidung kommt, diesen Schritt aus einem Akt der Solidarität, aus einem Akt der Beistandspflicht, den anderen Ländern gegenüber mitgehen.

Ich möchte aber diese Gelegenheit auch nutzen, mich bei all jenen zu bedanken, die tagtäglich in den Spitälern, in all diesen Einrichtungen arbeiten, die tagtäglich mit diesem Leid konfrontiert sind. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Das ist eine persönliche, höchstpersönliche Belastung und ich möchte ich mich auch bei all jenen bedanken, die über das Jahr hindurch viele Dinge mitgetragen haben.

Viele Dinge, die auch positiv dazu beigetragen haben, dass wir im Burgenland in dieser Art und Weise die Krise bis dato bewältigt haben, die diesen Weg mitgegangen sind. *(Beifall bei der SPÖ, den GRÜNEN und des freien Abg. Géza Molnár)*

Das ist für mich auch dieser klassische burgenländische Weg. Der klassische burgenländische Weg des Zusammenhaltens, des offenen und ehrlichen Kommunizierens, auch mit der Bevölkerung. Ich glaube, die Bevölkerung, die Menschen, haben ein Recht darauf, zu wissen, was passiert in der nächsten Zeit? Wie schätzen wir die Situation ein? Sie haben auch ein Recht darauf, ein Maß an Ehrlichkeit, dass sie darauf vertrauen können, dass sie darauf vertrauen können, dass die Politik auch die richtigen Entscheidungen trifft.

Wie wohl mir bewusst ist, dass es kritische Stimmen gibt, wie wohl mir bewusst ist, dass es immer schwieriger wird, die gesamte Bevölkerung mitzunehmen, aber trotz alledem ist, aus meiner Sicht, der wichtigste Aspekt die Gesundheit und der Zusammenhalt unserer Bevölkerung. Die Gesundheit und der Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft.

Wir haben im letzten Jahr natürlich begonnen, nach 2020 beginnend, einen Zukunftsplan für das Burgenland zu präsentieren. Dieser Zukunftsplan für das Burgenland hat - wenn man sich die großen Ziele dahinter anschaut - gewisse Schwerpunkte. Die wesentlichen Schwerpunkte dieses Zukunftsplans sind mit Sicherheit im Gesundheitsbereich, im Pflegebereich, im Bildungsbereich, auch im Bereich der heute schon intensiv und zum Schluss auch diskutiert wird oder wurde, wenn es um die Biowende geht, hat natürlich auch große Ziele, wenn es darum geht, Klimaneutralität zu erreichen.

Auch das ist ein wichtiger Aspekt, auf den ich dann später noch eingehen werde. Ich werde die budgetäre Situation und die Situation des Landes, auch was den Schuldenstand, die Darlehenssituation betrifft, erläutern. Wir haben trotz all dieser schwierigsten Situationen, trotz der Situation, dass wir auch bis zum heutigen Tag immer noch auf die Ersatzzahlungen seitens des Bundes zu einem Großteil warten, haben wir - und das ist die wichtigste Botschaft für mich - ein stabiles Budget.

Wir haben stabile Finanzen und wir sind in die Lage versetzt, diesen Zukunftsplan fortzusetzen. Wir sind in die Lage versetzt, diesen Zukunftsplan und diese Ziele, die wir uns darin gesetzt haben, weiterzuverfolgen und wir müssen nicht, wie andere Bundesländer, in dem einen oder anderen Zuständigkeitsbereich sagen, wir fahren jetzt herunter. Das ist im Burgenland nicht erforderlich.

Wir können garantieren, dass dieser Weg fortgesetzt wird. Dieser Weg wird auch 2022 mit diesem vorgelegten Budgetentwurf fortgesetzt. Es ist, wie schon gesagt, eine

sicherlich schwierige Situation für die Wirtschaft. Die Wirtschaft geht einer unsicheren Zukunft entgegen. Das ist unbestritten, wenn man das jetzt mittelfristig beurteilt.

Wir haben gesehen, dass das Wirtschaftswachstum 2020 in etwa um 6,8 Prozent rückläufig war. Wir haben aber auch gesehen, wie wichtig es ist, und auch das wurde heute schon diskutiert, die richtigen Maßnahmen zu setzen. Darauf zu setzen, auch zum richtigen Zeitpunkt zu investieren, Förderungen zur Verfügung zu stellen und so ist es gelungen, nicht nur im Burgenland, sondern gesamtösterreichisch das Wirtschaftswachstum im heurigen Jahr um etwa 4 Prozent zu steigern.

Glaut man der Prognose, die natürlich unter diesen Vorzeichen schwierig ist, dann würde für das nächste Jahr ein Wachstum in etwa von 4,8 Prozent vorausgesagt. Unter dieser Voraussetzung, wenn man das auf das Burgenland herunterbricht, haben wir wirklich sehr gute Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt

Wenn ich da einzelne Bereiche herausnehmen darf, beispielsweise den Tourismus. Der Tourismus hat im heurigen Jahr von Jänner bis September einen Zuwachs verzeichnet, der weitaus größer als in anderen Bundesländern ist. Wir haben ein Nächtigungsplus im Vergleich zum letzten Jahr und wir sind das einzige Bundesland, das dieses Nächtigungsplus verzeichnet.

Wenn wir uns die Beschäftigungsquote anschauen, dann sind wir auch in den beiden Jahren 2021 bei jenen Ländern, die auf der einen Seite 2020 den geringsten Rückgang bei den Beschäftigungsverhältnissen hatten und - auch das haben wir heute schon gehört - die im Jahr 2021 das größte Plus haben.

3,4 Prozent Wachstum im Bereich der Beschäftigung. Das zeigt, dass die Maßnahmen die richtigen waren. Das zeigt, im einen oder anderen Segment hat man natürlich noch einen Nachholbedarf. Ich spreche jetzt die Gastronomie beispielsweise an. Das zeigt aber auch, dass beispielsweise bei den KMUs, bei den Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere auch durch den Handwerkerbonus gestützt, Effekte aufgetreten sind - ich sage jetzt nur Rohstoffpreise, Teuerungsraten, etcetera - überhaupt sehr viele Aufträge umhergeschwirrt sind, die dazu geführt haben, dass wir im heurigen Jahr einen Beschäftigungsrekord von 112.000 Beschäftigten im Burgenland zum aktuellen Zeitpunkt verzeichnen können.

Das bedeutet aber wiederum für das Budget, dass wir ein Mehr an Ertragsanteilen eingenommen haben. Wenn ich auf diese Budgetsituation Bezug nehmen darf, ausgehend ja vom Jahr 2020. Wir sind im Jahr 2020, vor einem Jahr, hier gestanden, und ich habe gesagt, wir haben im nächsten Jahr - und das war ja die Budgetvorlage - wir haben einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 118 Millionen Euro. Das war letztes Jahr.

Heute lege ich ein Budget für nächstes Jahr, für 2022 vor, und gleichzeitig für dieses aktuelle Jahr einen Nachtragsvoranschlag im Ausmaß von 26 Millionen Euro. Das bedeutet aber nicht, dass der Schuldenstand des Landes in diesem Ausmaß erhöht wird. Wir haben den Effekt, den wir natürlich ins Budget einfließen ließen. Auf der einen Seite zusätzliche Ertragsanteile, die nicht in einer Größenordnung von gut 40 Millionen Euro prognostiziert waren.

Das ist ein großer Anteil, der uns wirklich auch positiv in die Zukunft blicken lässt. Wir haben die Budgetpolitik, die wir aus der Vergangenheit übernommen haben, insbesondere was der Umgang mit Zahlungsmittelreserven betrifft, geändert. In der Vergangenheit war es üblich, Zahlungsmittelreserven zu halten, insofern

Zahlungsmittelreserven zu halten, was ja in der Vergangenheit bei einer hohen Zinspolitik Sinn machte.

Mittlerweile gibt es eine Niedrigzinspolitik. Es gibt ein sehr niedriges Zinsniveau, insbesondere für die öffentliche Hand. Daher haben wir diese Zahlungsmittelreserven dort, wo es möglich ist, das sage ich ganz offen, aufgelöst und wir haben den Budgetvollzug im laufenden Budget gestrafft.

Es ist im Budgetvollzug, und die Regierungskollegen werden dies bestätigen, kein Automatismus mehr, wie man es vielleicht früher gewohnt war und wie man geglaubt hat, es ist einmal das Budget beschlossen. Dann habe ich meine Budgetansätze, dann habe ich meine Deckungsklassen und dann kann ich dieses Budget abverbrauchen.

Der Weg unseres Budgetabverbrauchs und des Vollzuges des Budgets ist jener, dass wir auch im laufenden Budget ständig hinterfragen, ist dieser Abverbrauch notwendig? Oder ist er nicht notwendig? Das heißt, es gibt laufend die Diskussion und auch die Auseinandersetzung mit dieser Thematik, ob ein Budgetabverbrauch, so wie er beschlossen wurde, auch tatsächlich erforderlich ist.

Mit diesen drei Parametern, Straffung des Budgetabverbrauchs, zusätzliche Ertragsanteile und natürlich auch in weiterer Folge die Umschichtung von Zahlungsmittelreserven ist es uns gelungen, die Verschuldung des Landes nicht beim prognostizierten Finanzierungsbedarf anzusetzen, sondern die Verschuldung des Landes, was das Jahr 2021 betrifft, auf 36 Millionen Euro zu senken.

Das heißt, nicht so, wie wir prognostiziert haben und wie wir angesichts der Situation letzten Jahres angenommen haben, wird der Darlehensstand, der Schuldenstand des Landes lediglich um 36 Millionen Euro für das Jahr 2021 steigen.

Sie werden dann diese Zahlen konkret abgerechnet und auch dem Landtag beim Rechnungsabschluss nächsten Jahr replizierend auf 2021 vorgelegt, auch sehen und wahrnehmen. Ähnlich verhält es sich für das nächste Jahr. Auch hier haben wir die Situation, dass wir jetzt eine ungewisse Prognose und eine unsichere Aussicht haben.

Ich sage das ganz offen, wir wissen nicht, und ich hätte auch im Sommer im September hinein nicht damit gerechnet, dass wir in diesem Jahr noch mit einem Lockdown konfrontiert sind und uns damit auseinandersetzen müssen.

Ich kann nicht prognostizieren und niemand kann das in Österreich, auch die Experten, die Gesundheitsexperten können nicht prognostizieren, was bedeutet, diese Covid-19-Situation, was bedeutet diese Epidemie nächstes Jahr? Gibt es einen zusätzlichen Lockdown? Gibt es eine fünfte Welle? Gibt es eine sechste Welle? Was hat das für eine Auswirkung auf die Wirtschaft? Was hat das für eine Auswirkung auf unser aller Budget? Was hat das für eine Auswirkung auf den gesamtösterreichischen Haushalt in Bund, Ländern und Gemeinden?

Daher haben wir, genauso wie das letzte Jahr, auch für das Budget 2022, das Ihnen vorgelegt wird, vorsichtig budgetiert.

Insofern vorsichtig budgetiert, dass ich auch wieder nach dem Modell des heurigen Jahres natürlich den Abverbrauch des Budgets straff organisieren werde, auf der einen Seite, auf der anderen Seite, wir zusätzlich damit auch konfrontiert sein werden, immer noch zu schauen, welche Zahlungsmittelreserven brauche ich wirklich und welche brauche ich nicht und welche muss ich sogar als Gebot der Stunde und auch als Gebot der Negativzinspolitik, der wir natürlich ausgesetzt sind, auflösen und wie entwickeln sich möglicherweise - und ich hoffe gut - die Ertragsanteile, haben wir das Budget, den

Finanzbedarf den zusätzlichen aus dem Gesamtbudget, das vorliegt von 1,41 Milliarden Euro mit 52 Millionen Euro als Finanzbedarf bezeichnet.

Ob wir in weiterer Folge diese 52 Millionen Euro, die jetzt als Finanzbedarf für das nächste Jahr dargestellt ist, auch benötigen werden, wird sich genau aus diesen drei Elementen, die ich vorerst skizziert habe, Ertragsanteile oder Entwicklung der Ertragsanteile, Zahlungsmittelreserven und Budgetvollzug ergeben.

Sie werden sehen, das ist dann meine Aufgabe, das ist unser aller Aufgabe, die mit dem Budgetvollzug befasst sind, dass wir uns daran messen lassen wollen, diese 52 Millionen Euro nicht zu überschreiten.

Ich glaube, das ist eine ganz, eine wesentliche Botschaft, wenn man den Budgetpfad weiterbeobachtet. Nehmen wir uns vor und das liegt noch sehr weit weg und das kann keiner zu 100 Prozent und schon gar nicht irgendwie prognostizieren, aber wenn wir gewisse Momente mit einkalkulieren und wir gut durch die Krise kommen und wir gut vielleicht das nächste Jahr bewältigen und mit allen medizinischen und notwendigen Impfsituationen etcetera diese Krise möglicherweise bewältigen, dann die ist die Aussicht jene, dass wir im Jahr 2025 und das ist unser aller Ziel, das ist auch im Finanzplan dokumentiert und dargelegt, dass wir im Jahr 2025 keinen zusätzlichen Finanzierungsbedarf und keine zusätzlichen Finanzmittel als sich die Einnahmenseite des Budgets darstellt, benötigen werden.

Dass ist unser Ziel und dafür versuchen wir und werden wir alles unternehmen, dass es wieder gelingt, dass wir dann in weiterer Folge und das ist auch ein ganz wesentliches Element, dass wir dann in weiterer Folge auch in eine Situation kommen können, wie wir sie schon 2015, 2016, 2017 hatten, dass wir sukzessive auch wieder beginnen können, den Darlehensstand und damit den Schuldenstand des Landes abzubauen.

Das ist aus meiner Sicht ein wichtiges Signal, auch insbesondere deshalb, weil ich, und das habe ich heute schon gesagt, weil dieses Budget aus meiner Sicht auch den Vergleich mit anderen Bundesländern standhält.

Wenn ich heute die Budgets, die in der Steiermark, in Niederösterreich vorgelegt wurden betrachte, wo zusätzliche Budget, oder Finanzierungsbedarfe für 2022 mit 600 und 700 Millionen Euro teilweise bezeichnet werden und wenn ich umrechne, die Verhältniszahl zur Steiermark und zu Niederösterreich und unser Budget hernehme, dann liegen wir deutlich darunter.

Im Verhältnis zur Steiermark mit einem Drittel des dortigen Finanzierungsbedarfs und im Verhältnis zu Niederösterreich mit weniger als die Hälfte der Finanzierungsbedarfs was diese Bundesländer ausweisen, insofern ausweisen und zusätzlich noch darlegen, dass sie gewisse Maßnahmen im öffentlichen Vollzug, ich glaube, das ist ja auch durch die Medien gegangen, insbesondere was den Straßenbau in Niederösterreich betrifft, hier Einschnitte hinnehmen müssen.

Wir haben im Verhältnis zu anderen Bundesländern einen geringeren Finanzierungsbedarf, den wir noch versuchen weiter herunterzudrücken, bei gleichbleibender Situation, dass wir am Plan, den wir uns vorgenommen haben festhalten. Dass wir die Maßnahmen des Zukunftsplanes Burgenland auch entsprechend umsetzen können.

Es sei mir gestattet, dass ich vielleicht zwei, drei Dinge herausgreife. Aus diesem Zukunftsplan auch Dinge, die mir persönlich wichtig sind, wo wir auch im nächsten Jahr sicherlich das eine oder andere und den einen oder anderen Akzent setzen werden.



Der erste Bereich ist, aus meiner Sicht, ein ganz wesentlicher Bereich, das ist die Pflege. Ich glaube, es vergeht kein Landtag, wo wir nicht darüber diskutieren, wir brauchen Pflegemodelle, wir brauchen die Unterstützung seitens des Bundes, wir brauchen die Unterstützung im Bereich der Ausbildung, wir brauchen mehr Personal, wer soll die Pflege zukünftig finanzieren?

Wir müssen uns, und dazu bekenne ich mich auch ganz klar, wir müssen uns einmal damit auseinandersetzen, wenn wir zukünftige Leistungen in diesem Bereich auf der einen Seite fordern und wenn wir auf der anderen Seite auch und das ist, glaube ich, unser aller Interesse, dieses Leistungsportfolio vom pflegenden Angehörigen und von der 24h-Kraft, von der mobilen Hauskrankenpflege, von den Tagesheimen bis hin zu den Heimen, wenn wir dieses Leistungsportfolio aufrechterhalten müssen, dann müssen wir auch die Systeme und die Systematiken dahinter hinterfragen.

Es ist heute schon angeklungen, wir müssen auch kritisch hinterfragen und das ist unsere Aufgabe im Vollzug, wir müssen kritisch hinterfragen, ob es wirklich sinnvoll ist, dass in eine Gemeinde vier Anbieter, fünf Anbieter mit der mobilen Hauskrankenpflege hineinfahren, dass heute hochqualifiziertes Personal, dass die Pflege vollzieht, in weiterer Folge, vielleicht 30 bis 40 Prozent im Auto verbringt?

Wir müssen möglicherweise auch Abrechnungsmodalitäten verändern, man muss sich mit dieser Situation wirklich bis ins Detail auseinandersetzen und dann, was wir eigentlich im nächsten Schritt erreichen wollen, die kleinteilige Versorgung, vielleicht in einer Größenordnung von ein paar Gemeinden, die kleinteiligen Versorgung mit einer Zielausrichtung auf vielleicht 5.000 bis 6.000 Einwohnern so zu gestalten, dass diese Größenordnungen, ein Tagesheimzentrum, betreutes Wohnen, aber auch die mobile Hauskrankenpflege komprimiert und kompakt, in Anspruch nehmen können und Leistungen und administrative Tätigkeiten dahinter soweit als möglich minimiert werden.

Wir müssen uns auch aus meiner Sicht damit auseinandersetzen und das hat alles budgetäre Auswirkungen. Wie organisieren wir in Wirklichkeit Pflegeheime? Wer finanziert denn das Pflegeheim? Wer finanziert denn die Mobile des Pflegeheims und wie oft wird durch die Miete dieses Pflegeheims refinanziert? Ist das wirklich notwendig?

Wenn wir von Gemeinnützigkeit sprechen, sollen wir ad Infinitum für ein Pflegeheim, dass eigentlich die öffentliche Hand finanziert, den Bau des Pflegeheims finanziert, müssen wir unendlich Miete zahlen und finanzieren und kaufen dieses Pflegeheim zwei- oder dreimal?

All diese Fragen werden wir uns kritisch stellen, all diese Fragen und das verstehe ich schon, wird auch mit Sicherheit eine kritische Auseinandersetzung mit den Betreibern der Pflegeheime bedeuten.

Aber, es wird nicht bedeuten, dass der Betrieb der Pflegeheime gefährdet ist, ganz im Gegenteil. Mit diesen Maßnahmen, Zeiten der Refinanzierung für ein Pflegeheim zu strecken, mit diesen Maßnahmen die Refinanzierungen eines Pflegeheims nur einmal stattfinden zu lassen, was ja logisch wäre, gelingt es uns, Geld in den Betrieb zu verschieben.

Sie sehen an diesem Beispiel, dass es nicht nur immer darum geht, dass man das Budget erhöhen muss, dass man mehr öffentliches Geld in Anspruch nehmen muss, um am anderen Ende und dann vor Ort, bei der Bevölkerung, bei den Menschen auch Effekte zu erzielen. Bevor man Steuergelder in die Hand nimmt, und das ist mein Credo, muss man die Systematik hinterfragen.

Das werden wir in diesem Bereich tun und wenn es uns gelingt, dass was uns vorschwebt hier auch Mittel von der Immobilienfinanzierung, von der Liegenschaftsfinanzierung in den Betrieb zu transferieren, so ist es ein grundsätzliches Ziel meinerseits und ich glaube das ist auch das Gebot der Stunde für diese Berufsgruppe, dass wir im nächsten Jahr für diese Berufsgruppe auch den Mindestlohn realisieren werden.

Ich glaube, diese Menschen, die tagtäglich diese Tätigkeit, insbesondere jetzt, für unsere ältere Generation die sich das mit Sicherheit verdient hat, die haben sich auch einen Mindestlohn verdient, eine Wertschätzung verdient und mit solchen Modellen, mit diesem Ansatz auch die Dinge zu hinterfragen, wird uns das gelingen.

Ein anderer Aspekt, der mir wichtig ist, ist die Entwicklung und das ist kein Schlagwort, glauben Sie mir, das ist kein Schlagwort, die Entwicklung hin zur Klimaneutralität. Auch das wurde was den Energiesektor betrifft in der aktuellen Stunde sehr eindringlich schon diskutiert. Unbestritten, wir haben eine Situation die für die Menschen im Land und nicht nur im Burgenland, sondern generell auch und global keine angenehme ist, dass aus einer Situation aus globalen, wirtschaftlichen Zusammenhängen und auch politischen Zusammenhängen, aus einer Konfliktsituation heraus, der Kunde, der Mensch in Wirklichkeit durch die steigenden Energiepreise die Rechnung zahlen muss.

Diese Situation entsteht aber deshalb, und ausschließlich deshalb, weil wir in Europa, und da rede ich gar nicht vom Burgenland und von Österreich, weil wir Abhängigkeiten haben. Ich darf Sie alle daran erinnern, wie oft und wie lange wir da schon diskutiert haben und wie viele Anträge es schon gegeben hat, wenn wir davon reden.

Früher war es einmal das Schlagwort Stromautarkie, jetzt ist es Klimaneutralität. Wir müssen unabhängig werden! Wir müssen selbständig werden! Dass muss doch möglich sein, dass auf dem Sektor Energie nicht nur das Burgenland, Österreich, sondern ganz Europa unabhängig machen kann.

Es muss doch das oberste Ziel sein, es kann ja nicht sein und das ist für mich höchst unverständlich, dass wir von Russland über die Gaspreise soweit erpresst und an die Wand gedrückt werden, dass die Rechnung dafür jeder einzelne Kunde zahlt.

Aber, diese Unabhängigkeit zu erreichen, und das nehme ich auch wahr, ist für viele ein Schlagwort, ist ein politisches Schlagwort, wir werden und dafür stehe ich ein und daran möchte ich in Zukunft auch gemessen werden, wir werden diese Unabhängigkeit schaffen. Wir werden diese Unabhängigkeit auch deshalb schaffen, weil wir beste Voraussetzungen im Burgenland haben.

Weil wir ein Unternehmen im Burgenland haben, dass zwar ab und zu schlecht geredet wird, was aber ein Topunternehmen ist, nämlich, die Burgenland Energie, ein Unternehmen im Burgenland haben, das innovativ ist, das in die Zukunft blickt und das sich diesen Themen stellt. Um das zu konkretisieren, natürlich und das sage ich auch an dieser Stelle kommt uns die Gesetzgebung und auch die Ausrichtung der Bundesregierung in dieser Frage entgegen.

Das ist aber nicht die Handschrift - auch ganz offen gesagt - der ÖVP, sondern das ist die Handschrift der GRÜNEN, dass hier der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen hin zur erneuerbaren Energieformen möglich gemacht wird. Dass jeder Umstieg, so wie es jetzt ausschaut, raus aus Öl, raus aus Gas, für einen Anlagentausch ganz konkret mit 7.500 Euro gefördert wird. Das war nicht immer so.

Es wurde darüber lange geredet, man muss diesen Weg gehen, aber jetzt ist dieser Weg möglich, weil es einerseits die Förderpolitik des Bundes gibt und andererseits, wir alles dafür machen werden und wir werden die Mittel des Recovery Fonds, die uns ungefähr in einer Größenordnung von 17 Millionen Euro zufließen, auch das wird morgen bei der LH-Konferenz thematisiert und auch beschlossen werden.

Wir werden diese Mittel ausschließlich dafür verwenden, genauso wie der Bund, diesen Umstieg zu ermöglichen und diesen Umstieg auch finanziell zu stützen. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Damit ist es aber nicht getan. Diese Unabhängigkeit, diese Preisautonomie, beispielsweise was die Energiekosten und die Stromkosten betrifft, ist ja nicht abgetan damit, dass man umsteigt, dass man rausgeht, dass man möglicherweise in eine Stromversorgung reingeht.

Es muss ja auch sichergestellt werden, und das bedeutet für mich Preisautonomie. dass wir im Burgenland in die Lage versetzt werden, und das wird die Burgenland Energie beweisen, dass wir jenen Strom nicht statistisch neu erzeugen, entsprechend des Stromverbrauchs im gesamten Burgenland, sondern jenen Strom auch 365 Tage im Jahr zur Verfügung haben, den wir erzeugen.

Gerade deshalb gibt es diese Investitionssummen und gerade deshalb gibt es diese strategische Ausrichtung der Burgenland Energie auf erneuerbare Energie zu setzen, auf Photovoltaik zu setzen, auch auf ganz konkret gesagt, auf Flächenphotovoltaik zu setzen,

weil ganz einfach für diese Maßnahmen, dann noch zu sagen, wir wollen autark werden. Wir wollen Preisautark werden, die Dachflächen zu wenig sind.

Auch das ist ganz klar und liegt auf der Hand. Das bedeutet aber im Umkehrschluss und final, dass wir in der Lage sein werden und Sie werden das nächstes Jahr präsentiert bekommen, auch das Modell, das wir in der Lage sein werden in einem Paketausstieg aus Öl und Gas. In einem Paket, in dem gleichen Paket Wärmeversorgung eine Flat Tax anzubieten, die Preisstabilität und Preisgarantie auf Jahre hinaus gewährleistet.

Wo wir unabhängig von den internationalen Preisschwankungen und vom russischen Gas sind, wo wir im Burgenland unsere Energieversorgung selbst in der Hand haben, selbst erzeugen und auch die Preisgestaltung in Zukunft selbst gestalten werden.

Ich glaube, das ist ein ganz ein wesentlicher Punkt und ist auch ein Punkt, aus meiner Sicht, wo ich sage, das erwarten sich die Menschen. Das erwarten sich die Menschen, wenn wir sagen, wir legen einen Zukunftsplan auf den Tisch. Das erwarten sich die Menschen, dass diese Dinge ganz konkret aufgegriffen und umgesetzt werden.

Ein dritter Punkt ist die Gesundheitsversorgung in den Spitälern. Ich glaube, Sie kennen die Diskussion aus der Vergangenheit. Sie kennen die Diskussion aus der Vergangenheit und da will ich jetzt gar nicht auf das Burgenland replizieren. Es gibt diese Diskussion auch in anderen Bundesländern, wenn es darum geht, Spitalsorganisationen ausschließlich wirtschaftlich zu betrachten.

Spitäler zu reduzieren oder gar Spitäler zu schließen. Es gibt ja in angrenzenden Bundesländern diesbezüglich auch das eine oder andere Beispiel. Wir haben uns im Burgenland klar dazu bekannt, das sage ich auch ganz offen und möchte das auch an dieser Stelle immer wieder wiederholen, dass unsere fünf Standorte der Spitäler uns wichtig sind und dass diese fünf Standorte der Spitäler erhalten bleiben.

Wenn Sie sich an die Diskussion der letzten ein, zwei Jahre, zurückerinnern, jetzt ist es schon ruhiger geworden, an die Diskussion der letzten ein, zwei Jahre insbesondere was den Bau des Krankenhauses Oberwart betrifft. Ich kann mich noch sehr gut erinnern. Da wurde uns vorgeworfen, jetzt bauen sie ein Krankenhaus Oberwart, das wird der gleiche Skandal wie beim Krankenhaus Nord in Wien und das wird 300 Millionen Euro kosten und alles wird ein Skandal und da wird Steuergeld verschleudert.

Heute kann ich sagen, nachdem wir ja 80, 85 Prozent der Aufträge bereits vergeben haben, auch in Zeiten der Preissteigerungen im Zuge der ganzen Pandemie, wir werden bei weitem unsere Preislimits, die wir uns gesetzt haben, die wir uns auch öffentlich gesetzt haben, einhalten.

Wir können das nur deshalb, weil wir den Weg gegangen sind und gesagt haben, in Ordnung, wir organisieren den Bau des Krankenhauses Oberwart selbst. Wir vergeben das nicht an Dritte, wo wir eine Pauschale zahlen, wo wir Aufpreise zahlen.

Wenn wir das, und auch das können wir, wenn es zum Abschluss des Baus kommt. Wenn es zum Abschluss der Rechnungslegungen kommt. Wenn wir dann selbst, weil auch daran bin ich interessiert, dem Rechnungshof den Bau des Krankenhauses Oberwart prüfen lassen, werden Sie sehen, dass wir uns bei diesem Bau im Verhältnis dazu, was heute ein privater Anbieter uns an Kosten in Aussicht gestellt hat, mindestens 30 bis 40 Millionen Euro erspart haben.

Das ist für mich straffer öffentlicher Vollzug. Wir müssen ganz einfach den Beweis antreten, dass wir diese Dinge, die uns gesetzlich zugewiesen sind, die Dinge für die uns die Menschen auch gewählt haben, wir müssen den Beweis antreten, dass wir diese Dinge auch erledigen können.

Mit diesem Beispiel, ein sehr großes, der größte Bau der derzeit im Burgenland stattfindet, werden wir diesen Beweis antreten. Wir werden auch den Beweis antreten, dass es uns gelingt, das zweite Spital zu bauen. Das zweite Krankenhaus in Gols zu bauen. Auch dieses, auch diese Diskussion ist jetzt in den letzten, abgesehen von einer, glaube ich schriftlichen Anfrage, aber in den letzten Monaten abgeebbt.

Auch dieser Bau liegt im Plan und ich gehe heute davon aus, dass wir in den nächsten Monaten, spätestens bis hin Feber, März mit der Widmung fertig sein werden und dann beginnen wir in weiterer Folge mit der Zielplanung. Mit dem gleichen Modus, wie in Oberwart. Mit der gleichen Aufgabenstellung, wir wollen diesen Bau selbst erledigen. Wir können diesen Bau selbst erledigen und auch in Gols werden wir beweisen, dass wir bauen und kostengünstig bauen können.

Es ist für mich ein ganz ein wesentlicher Aspekt. Wir werden und das ist auch ein Zugang meinerseits in dieser Phase wo wir uns jetzt befinden. Wir müssen investieren. Wir haben derzeit eine Niedrigzinspolitik, die davon gekennzeichnet ist, dass wir Verbindlichkeiten, Kredite bekommen, auf 20 Jahre mit Fixzinsätzen, die sich niemand vorstellen kann. Weit unter ein Prozent. Diese Zeit werden wir nützen, um auch ganz wichtige Bauvorhaben, vom Burgenland, von Nord bis Süd umzusetzen. Da ist beispielsweise für den Bezirk Neusiedl am See das Kulturzentrum am Plan. Da gibt es die Schule in Stoob, die ausgebaut wird. Es geht hinunter, um nur zwei, drei Beispiele zu nennen, bis zum Kulturzentrum Güssing.

Der letzte Punkt, den ich auch erwähnen will, auch der ist sehr oft diskutiert, warum gehen wir diesen Schritt? Warum machen wir diesen Schritt? Wir werden auch mit unserer Verkehrsstrategie und mit unserer Strategie, gewisse Verkehrsdienstleistungen auch selbst zu erbringen, auch dort den Beweis antreten, dass jene Mittel, die zur

Verfügung stehen, die aber natürlich über den VOR vergeben und ausgespielt werden, nicht im Alleingang - in Kooperation mit dem Unternehmen, mit namhaften Unternehmen, aber die öffentlichen Verkehre so organisieren, dass sie abgesichert sind. Das wir heute nicht mehr darüber diskutieren müssen, in Zukunft, ob ein Kind überhaupt einen Bus in die Schule hat. Wie lange es warten muss. Das wir nicht mehr darüber diskutieren müssen, ob heute und wie das Essen auf Rädern zu den jeweiligen Kunden kommt.

Wenn wir diesen Schritt nicht gegangen wären, dann wäre es aus meiner Sicht nicht möglich gewesen, die öffentliche Anbindung über die Busverkehre nach Graz zu realisieren. Sie haben es, glaube ich, in der Vergangenheit und es war 2008, 2009, 2010, miterlebt, wo wir auf Jahre hindurch Verkehrsdienste vergeben haben, und dann ist im Südburgenland, das war damals so, es war der rote Bus als Geisterbus durch die Gegend gefahren und wir waren nicht in der Lage aufgrund der Vergabesituation diese Situation zu ändern.

Mit diesem Weg, den wir jetzt eingeschlagen haben, können wir selbst bestimmen und schauen, wie wird eine Linie angenommen? Wird, zum Beispiel, wie es im Süden war, die Verbindung Güssing - Jennersdorf Richtung Graz von den Pendlerinnen und Pendlern angenommen?

In weiterer Folge können wir dann gemeinsam mit dem VOR, auch mit den privaten Unternehmern, wir wollen da nichts verstaatlichen, auch in Kooperation und ganz enger Kooperation mit den privaten Unternehmern die Verkehre organisieren. Aber, die Verkehre gehören sinnvoll organisiert, sie gehören kleinteilig organisiert, wir sind kleinteilig strukturiert in unserem Burgenland, sodass jeder etwas davon hat.

Ein anderer Schritt der auch dieses Verkehrsthema mitumfasst und auch das ist für mich in der internen Abfolge ein ganz wesentlicher Aspekt. Wir haben zwei, drei Bereiche, sei es in der Holding, sei es in der Landesverwaltung, wo beispielsweise Fuhrparkmanagement betrieben wird. Das ist nicht notwendig. Das ist überhaupt nicht notwendig. Hier kann man Dinge auch weggeben.

Man muss nicht alles immer selbst machen. Wir geben unsere Fuhrparkmanagement in die Holding hinein, fusionieren hier mit jenem der Burgenland Energie, holen sich auch einen privaten Mitanbieter in ein gemeinsames Konsortium hinein. Da wollen wir dann unter wirtschaftlichen Aspekten ein Fuhrparkmanagement betreiben.

Auch für uns. Das muss nicht immer alles in der Landesverwaltung unmittelbar passieren. Die Beurteilung, aus meiner Sicht, ist immer diejenige, was wollen die Menschen? Was brauchen die Menschen und wie können wir die Aufgaben für die Menschen am sinnvollsten erledigen? Umgekehrt und auf der anderen Seite, wie können wir jene Aufgaben auch finanziell so strukturieren und einer Erledigung zuführen, dass wir uns vor den Steuerzahler hinstellen und können und sagen, wir haben einen stringenten und auch einen richtigen Budgetvollzug und das wir einen stringenten und einen sinnvollen Budgetvollzug haben, dass zeigen die Zahlen.

Das zeigt ihnen auch das vorgelegte Budget für 2022 mit einem Finanzierungsbedarf, ich habe es schon gesagt, von 52 Millionen Euro. Mit einem Finanzierungsbedarf von 52 Millionen Euro, der, und das ist mein Ziel und dazu bekenne ich mich auch, der sich in dieser Dimension in der Darlehenssituation des Landes nicht wiederfinden wird.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, das Budget genau zu diskutieren, sich anzuschauen. Das Budget auch fair zu diskutieren, über den Tellerrand hinauszublicken,

was passiert in anderen Bundesländern? Warum passiert das in anderen Bundesländern? Warum gehen wir möglicherweise einen anderen Weg?

Ich ersuche Sie beim nächsten Landtag diesem Budget ihre Zustimmung zu erteilen. In diesem Sinne herzlichen Dank! (*Beifall bei der SPÖ*)

**Präsidentin Verena Dunst:** Vielen Dank. Vielen Dank an den Finanzreferenten Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil für seine Budgetrede. Ich verweise hier auch, Sie haben das gesehen, auf die verteilte Vorlage und darf daher zurückkehren zum Ende der Sitzung, zum Ende der Tagesordnung.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages und zwar der Budgetlandtag, für den 15. und 16. Dezember 2021 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich ersuche noch die Mitglieder der Präsidialkonferenz gleich im Anschluss hier zu bleiben. Ich möchte gleich daran die Präsidialkonferenz anschließen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Ende der Sitzung: 19 Uhr 57 Minuten